

Reformpaket

CDU-Wirtschaftsrat: Wir haben ein Gesamtkonzept vorgelegt

Der CDU-Wirtschaftsrat verteidigt seine umstrittenen Vorschläge zur Zahnmedizin-Finanzierung und fordert ein umfassendes Reformpaket. Vorsitzender Wolfgang Steiger setzt auf Steuerreform, mehr Eigenverantwortung und sinkende Beiträge zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.



Karina Mößbauer



3 min. Heute



© imago

Ein Papier des CDU-nahen Wirtschaftsrats hat unmittelbaren und vehementen Widerstand – auch in der Union – produziert. Dabei konzentrieren sich die Abwehr-Kämpfe vor allem auf die Idee, Zahnarzt-Behandlungen aus dem Leistungskatalog von Krankenversicherungen zu streichen und über eine private Vorsorge abzudecken.

Auf Nachfrage reagiert der Vorsitzende des Wirtschaftsrats, **Wolfgang Steiger**, nun auf die Kritik. *ThePioneer* sagt er:

Wir freuen uns, dass wir uns mit dem Generalsekretär der CDU einig sind, dass es eine Zukunftsagenda braucht. Und Carsten Linnemann hat auch vollkommen recht in seinem Ruf nach einem Gesamtkonzept.

Genau deshalb habe der Wirtschaftsrat „den Punkt mit der zahnmedizinischen Behandlung nie isoliert erhoben“.

Steiger betont, dass eine Steuerreform die Voraussetzung für mehr Eigenverantwortung in der Gesundheitspolitik sei. Das Kalkül: Wenn Menschen steuerlich entlastet werden, können sie auch besser selbst vorsorgen. Steiger fordert daher eine Steuerreform, die den Bürgern „so viel mehr in der Tasche lässt, dass sie in eigener Verantwortung mehr in ihre soziale Sicherheit investieren können“.

Der Vorteil laut Steiger: „Zugleich profitieren Versicherte, wenn die Kostenersparnis den Anstieg der Versicherungsbeiträge bremst.“ Der CDU-Wirtschaftsrat nennt Deutschlands Gesundheitswesen einen „Sonderweg“ und verweist auf andere europäische Länder: „In Europa sind nur in Deutschland, Frankreich und Kroatien laut OECD mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben für die zahnärztliche Versorgung durch öffentlichen bzw. obligatorischen Krankenversicherungsschutz gedeckt.“

Tatsächlich zeigt der OECD-Report [„Health at a glance 2025“](#), dass Deutschland im Vergleich bei Zahnarzt-Kosten-Übernahme nach Japan auf Platz 2 liegt. Im OECD-Durchschnitt werden knapp ein Drittel der Zahnarzt-Kosten vom Staat bzw. Pflicht-Versicherungen übernommen. In Deutschland sind es fast Dreiviertel (73 Prozent) der Kosten. Zum Vergleich: Selbst in den als besonders sozial geltenden skandinavischen Ländern liegt die Quote mit 27 Prozent (Norwegen), 42 Prozent (Schweden) und 43 Prozent (Finnland) weit hinter Deutschland.

Mögliche Blaupause: In den Niederlanden gibt es einen begrenzten Basiskatalog und eine breite Absicherung zahnmedizinischer Leistungen durch private Zusatzversicherungen. Der Zugang zur Versorgung ist dennoch hoch: Der Anteil der Bevölkerung mit ungedecktem medizinischem Bedarf liegt unter 1 Prozent, auch bei zahnärztlichen Leistungen (WHO 2024).

Steiger mahnt, dass Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit weiter abnimmt, wenn nicht tiefgreifende Reformen umgesetzt werden: „Ein Problem, vor dem wir als alternde Gesellschaft stehen, sind immer höhere Kosten im Gesundheitsbereich. Zugleich sinkt die Zahl der beitragszahlenden Erwerbstätigen. Wenn wir hier nicht gegensteuern, wird der Faktor Arbeit immer teurer und Deutschland als Standort immer unattraktiver. Das würgt das so dringend benötigte Wirtschaftswachstum ab und es wird dadurch noch schwieriger, Sozialausgaben zu finanzieren.“ Steigende Beiträge würden zudem leistungswillige Arbeitnehmer belasten, denen immer weniger Netto vom Brutto bleibt.

“ So landen wir in einem Teufelskreislauf. Die meisten sind sich deshalb einig, dass sich etwas grundlegend ändern muss. Aber nur wenn wir es am Ende wirklich konkret machen, wird auch etwas passieren.

In der CDU rief der Vorschlag des Wirtschaftsrats, der nur einer von vielen in einem Papier ist, bis in die Führung hinein breite Ablehnung hervor. „Einzelne Vorschläge wie die jüngste Debatte um die Zahnarztkosten sind nicht zielführend“, sagte unter anderem CDU-Generalsekretär **Carsten Linnemann** dem *Stern*. Es habe lange nicht mehr eine so hohe Bereitschaft gegeben, Reformen mitzugehen, sagte Linnemann. „Das wird aber nur zum Erfolg führen, wenn es ein Gesamtkonzept gibt, das alle Menschen im Blick hat inklusive uns Politikern und nicht bestimmte Gruppen herauspickt.“

CDU-Gesundheitsministerin **Nina Warken** stellte fest: „Die Forderung, Zahnbehandlungen aus dem Leistungskatalog der GKV zu streichen, wird nicht umgesetzt.“ Und weiter: „Das schließe ich aus, denn es wäre eine Abkehr des Kerngedankens unseres Solidarsystems und widerspricht dem Ziel, Prävention zu stärken.“

Für den rheinland-pfälzischen CDU-Spitzenkandidaten **Gordon Schnieder** sind die Zahnarzt-Forderungen „absurd“. Den Zeitungen der Funke Mediengruppe sagte er: „Wir kriegen Deutschland nur nach vorne, wenn alle 80 Millionen mitmachen.“

Bereits der stellvertretende Regierungssprecher **Steffen Meyer** hatte gesagt: „Derartige Pläne gibt es in der Bundesregierung nicht.“



Kritik an Klingbeils Steuerreform

Der Finanzminister plant eine Steuerreform für Unternehmen.

 [Artikel lesen](#)



Autoren



Karina Mößbauer

Leiterin „Hauptstadt – Das Briefing“

Artikel verschenken

Sie können in diesem Monat noch
5 Beiträge verschenken.

Verschenken

Empfehlen Sie uns weiter

Sie können diesen Beitrag mit einem Klick auf die entsprechende Schaltfläche teilen.

